

100 Jahre Oktoberrevolution

(Teil 1)

Herausgeber: Kommission Marxistische Theorie und Bildung
der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)

Vorbemerkungen

Die folgende Ausarbeitung ist Teil 1 des Vorbereitungsmaterials für Referenten, die einen DKP- Gruppenabend zum Thema „100 Jahre Oktoberrevolution“ gestalten.

*Das Referentenmaterial ist zugleich ein Material für alle Teilnehmer*innen, die sich ausführlicher mit der Thematik befassen möchten.*

*Zusätzlich gibt es ein kurzes Lesematerial für alle Teilnehmer*innen und didaktisch und methodische Hinweise.*

Inhaltlich geht es um zwei große Themenblöcke:

*Im **Teil I** geht es um die Frage, ob es Sinne heute überhaupt Sinn macht über die Rolle der „Revolution“ zu sprechen und warum man an der Oktoberevolution als Impulsgeber nicht vorbeikommt. Das ist der Leitgedanke dieses Referentenmaterials I.*

*Neben diesem Teil I wird es einen **Teil II** geben, der den thematischen Schwerpunkt auf den historischen Ablauf und die Periode nach dem „**Roten Oktober**“, den Aufbau der Sowjetunion, ihre Erfolge und ihr historisches Ende behandelt.*

Fragen und Anregungen nimmt die Kommission Marxistische Theorie und Bildung gerne entgegen.

*E-Mail: dkp.pv@t-online.de, Verantwortlich:
Hans-Peter Brenner*

Einleitung

Ist es nicht völlig weltfremd, nach dem Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und den anderen Ländern des „realen Sozialismus“, unter den Bedingungen einer massiv geschwächten kommunistischen Bewegung, einer insgesamt zersplitterten politischen Linken in der BRD und Europa sowie einer noch immer unter sozialdemokratischer und reformistischer Hegemonie stehenden deutschen und europäischen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung das Thema „Oktoberrevolution“ für wichtig zu halten und über deren Lehren für heute nachzudenken? Gewiss: einiges spricht auch nach Meinung von Nicht-Kommunisten für das Thema.

So war das Schlagwort „Sozialismus im 21. Jahrhundert“ in den letzten Jahren zeitweilig so etwas wie ein Modethema gewesen. Und auch in der sich gleichermaßen auf Willy Brandt, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht berufenen „LINKEN“ ist es wieder üblich geworden „die Systemfrage“ zu stellen.

Aber gehört man nicht entweder ins Museum oder ins politische „Wolkenkuckucksheim“, wenn man bei diesem Stichwort statt über „Transformationsstrategien“, „revolutionäre Realpolitik“ oder „systemüberwindende Reformen“ zu diskutieren, gleich mit „Revolution“ kommt und –noch schlimmer– über die „Oktoberrevolution“ nachdenkt, spricht und schreibt?

Erklärte nicht einer der wichtigsten Protagonisten des „Sozialismus im 21. Jahrhundert“, der Soziologe Heinz Dieterich, der auch als „Castro- und Chavez-Berater“, zu publizistischem Ruhm gekommen ist, mit großem Nachdruck, dass dieses große „Historische Projekt“ etwas ganz, ganz Neues und Einmaliges sei, das mit dem „Roten Oktober“ und dem „historischen Proletariat“, kaum noch etwas zu tun habe? ¹ Und spricht auch nicht

¹ Vergl. Heinz Dieterich: Der Sozialismus des „21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie

auch C. Türcke in einem begleitenden Essay zur kürzlich erschienenen „kritischen“ Neuausgabe der wichtigen Imperialismus-Schrift Lenins, „Der Imperialismus als höchste Stadium des Kapitalismus“, dass mit Lenin eine „Schreckensherrschaft“ begonnen habe? Und das, obwohl er ein so prägnanter und scharfsinniger Kritiker des Imperialismus gewesen sei.²

Die Frage des Systemwechsels, die auch in den bürgerlichen Feuilletons diskutiert wird, wird uns im Vorfeld des 100. Jahrestags der russischen Oktoberrevolution mit der Grundsatzfrage konfrontieren, ob dieses Ereignis im 21. Jahrhundert noch eine *aktuelle* Bedeutung besitzen *kann* – egal, ob man es als historisches Ereignis als gerechtfertigt ansieht oder nicht.

Warum sehen Kommunistinnen und Kommunisten das anders und gehen von einer ungebrochenen Aktualität der Lehren der Oktoberrevolution aus?

1. Reformstrategie, Putsch oder „Revolution“ – das sind aktuelle Fragen

Unter dem Eindruck der diversen Revolten des „arabischen Frühlings“, des Militärputsches in der Türkei und der verschiedenen „Farben-Revolutionen“ der vergangenen Jahre ist noch deutlicher geworden, dass der Faktor der „Gewalt“ auch im 21. Jahrhundert in Zeiten zugespitzter politischer Auseinandersetzungen keine verstaubte historische Kategorie darstellt.

Auch der Unterschied zwischen einer von breiten Volksmassen getragenen „Revolution“ und von kleinen Gruppen organisierten „Putschen“ wurde erneut deutlich. Das gilt nicht nur für Staaten südlich des Mittelmeeres. Es sei nur an den Panzereinsatz gegen den Obersten Sowjet 1993 durch mit B. Jelzin verbündete Militärs oder an die blutigen bewaffneten Kämpfe von Nationalisten und Faschisten des

nach dem globalen Kapitalismus, Berlin 2006, S. 13
2 C. Türcke: Deregulierter Imperialismus. In W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Kritische Neuausgabe mit Essays von D. Dath und C. Türcke herausgegeben und kritisch kommentiert von Wladislaw Hedeler und Volker Külow, Berlin 2016, S. 31

sog. „Euro-Maidan“ erinnert. Von den gewaltsamen „regime changes“ auf dem Balkan, in Irak, Syrien, Tunesien, Libyen mit offenen Militäreinsätzen der USA und von EU-Staaten ganz zu schweigen.

Der Faktor „Gewalt“ in der Politik ist keine „historisch erledigte“ Angelegenheit. Und niemand käme heute wohl auf die Idee die folgenden einleitende Passagen aus der Unabhängigkeitserklärung der USA als veraltet zu erklären: *„Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, daß alle Menschen gleich erschaffen worden, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freyheit und das Bestreben nach Glückseligkeit. Daß zur Versicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingeführt worden sind, welche ihre gerechte Gewalt von der Einwilligung der Regierten herleiten; daß sobald einige Regierungsform diesen Endzwecken verderblich wird, es das Recht des Volks ist sie zu verändern oder abzuschaffen, und eine neue Regierung einzusetzen, die auf solche Grundsätze gegründet, und deren Macht und Gewalt solchergestalt gebildet wird, als ihnen zur Erhaltung ihrer Sicherheit und Glückseligkeit am schicklichsten zu seyn dünket. ...*

Wenn aber eine lange Reihe von Mißhandlungen und gewaltsamen Eingriffen, auf einen und eben den Gegenstand unablässig gerichtet, einen Anschlag an den Tag legt sie unter unumschränkte Herrschaft zu bringen, so ist es ihr Recht, ja ihre Pflicht, solche Regierung abzuwerfen, und sich für ihre künftige Sicherheit neue Gewähren zu verschaffen. Dis war die Weise, wie die Colonien ihre Leiden geduldig ertrugen; und so ist jetzt die Nothwendigkeit beschaffen, welche sie zwinget ihre vorigen Regierungs-Systeme zu verändern.“³

Wenn demnach im Zusammenhang mit dem Stichwort „Oktoberrevolution“ bei vielen **sofort** das abwehrende Stichwort „Gewalt“ bzw. „Gewaltherrschaft“ fällt, so gehört dies zum politischen Abwehrreflex aller herrschenden Klassen.

Sieht man jedoch in die Geschichte der Systembrüche und Systemwechsel so wird

³ https://de.wikisource.org/wiki/Unabh%C3%A4ngigkeitserkl%C3%A4rung_der_Vereinigten_Staaten_von_Amerika

schnell klar, dass die im Kapitalismus herrschende Klasse, die Bourgeoisie, sich selbst jedoch nicht an dieses Verdammungsurteil hielt und hält. Sie kam historisch zur Macht durch Revolutionen gegen den Adel, sie begrüßte und begrüßt bis heute gewaltsame Umstürze überall dort, wo sozialistische oder anti-imperialistische Bewegungen kurz- oder längerfristig an die Hebel der Macht kamen. Diese Konterrevolutionen gelten als ein moralisch wie politisch völlig legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Klasseninteressen. Die ihrem Besitz befindlichen oder unter ihrer Kontrolle stehenden Massenmedien dürfen sich für „Arabellionen“ oder „bunte Revolutionen“ überall dort begeistern, wo damit ihre eigenen Herrschaftsinteressen zur Geltung kommen.

Die Verdammung von (revolutionärer) Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ist für die Bourgeoisie keine Frage grundsätzlicher Ethik, von Recht oder Moral, sondern von politischem Pragmatismus und / oder schlichter Opportunität.

Aber selbst von prominenten Theoretikern der Linken wird das oft anders betrachtet. Eine dem „Menschheitsfortschritt“ verpflichtete Linke zu Beginn des 21. Jahrhunderts müsse sich eher Gedanken über „ganz neue“ Reformmodelle und Reformstrategien machen.

2. „Sozialismus des 21. Jahrhunderts mit „universaler Basisdemokratie“ statt sozialistischer Revolution?

Wie H. Dieterich meint, leben wir in einem Zeitalter, das durch die „Erschöpfung der gesellschaftlichen Projekte des Bürgertums und des historischen Proletariats, sowie des Übergangs der gegenwärtigen Bourgeois-Zivilisation zu einer nichtkapitalistischen Weltgesellschaft: der universalen Basisdemokratie“ gekennzeichnet sei. „Das erste strategische Geschichtliche Projekt der Arbeiterbewegung, welches durch die Oktoberrevolution in Russland (1917) aus der Planungsphase in die Realisierungsphase übertrat“, habe scheitern **müssen** und sei auch nicht wiederholbar.⁴

Dem Marxismus sei es bis heute nicht gelun-

4 H. Dieterich: a.a.O.: S. 13

gen ein Zukunftsmodell zu entwickeln, das den Markt mit seinen jahrtausendalten Preis- und Verteilungsmechanismen zugunsten einer „demokratisch koordinierten kybernetischen Regulation der unmittelbaren Produzenten“ ersetzt. Der Marxismus hätte es auch bis heute versäumt, eine Theorie zu entwickeln, die den kapitalistischen Markt durch „Mehrheitendemokratie und wertökonomisch operierendes, elektronisch gesteuertes gesellschaftliches Produktiveigentum“ überflüssig machen könnte.

Nur das könnte zum „geschichtlichen Ende der bürgerlichen Klasse“ führen.⁵

Marxisten-Leninisten wissen, dass zunächst jede Generation überprüfen muss, welche Inhalte und Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus durch die geschichtliche Entwicklung bestätigt, widerlegt oder überholt worden sind.

Das gilt natürlich besonders für Fragen der Strategieentwicklung. Doch bevor etwas zu Recht als überholt oder veraltet verworfen wird, muss man zunächst an einige Grunderfahrungen erinnern, nämlich an die Dialektik von Reform und Revolution. Es ist zu fragen, ob und wie weit die „klassischen“ Einschätzungen zu dieser zentralen Frage einer systemüberwindenden Strategie noch zutreffen.

Wenn Dieterichs über das Profil moderner revolutionärer Politik nachdenkt, warnt er zunächst mit Recht vor der „Falle mechanischer Reform-Revolutionen-Entscheidungen.“

Problematisch und falsch wird aber seine eigene „neue“ Definition dessen, was heute „revolutionär“ ist: „Revolutionär“ sei eine Politik oder ein „*Historisches Projekt*“ nur dann, „wenn es die zentralen Institutionen der bestehenden Gesellschaft durch qualitativ andere, historisch mögliche Institutionen ersetzen will.“⁶

Damit verkürzt Dieterichs zum einen den Revolutionsbegriff auf die Frage nach den institutionellen *Konsequenzen* und *Resultaten* eines revolutionären Prozesses. Er klammert dabei zugleich die Frage nach der Legitimität und Notwendigkeit der unterschiedlichen politischen Methoden, Wege und Mittel zwi-

5 H. Dieterich: a.a.O., S. 93

6 H. Dieterich: a.a.O., S. 140

schen nicht-revolutionären und revolutionären Prozessen aus.

Er verkennt vor allem die Rolle des Staates als Instrument der Klassenherrschaft und vermischt gleichzeitig die qualitativen Merkmale zwischen Veränderungen auf dem Weg von Reformen und revolutionären Umbrüchen.

„Revolution“ wird dann bei ihm eine „Transformation des Bestehenden“, die durchgeführt wird durch ein vielgestaltiges revolutionäres historisches Subjekt, welches in der Lage sein müsse seine „Kenntnis didaktisch und pädagogisch angemessen an die Mehrheit zu vermitteln und im Gespräch (dialogisch) mit ihnen zu verbessern.“⁷

Damit verwechselt Dieterich schlicht Pädagogik mit Politik, spart die alles entscheidende Eigentums- und Machtfrage im Kapitalismus aus und endet im ganz normalen Reformismus.

3. Revolution ist ein „autoritärer Akt“

Was meinen revolutionäre Marxisten, wenn sie von „Revolution“ sprechen? K. Marx brachte es auf einen einfachen und klaren Punkt: „Die Revolution ist der höchste Akt der Politik und wer sie will, muss auch das Mittel wollen, die politische Aktion, welche die Revolution vorbereitet, welche die Arbeiter für die Revolution erzieht.“⁸

Alle politischen Erfahrungen der vergangenen Jahrhunderte beginnend bei der englischen „Glorious Revolution“ (1688/89), der „Großen französischen Revolution 1789/99, der Pariser Kommune (1871), die russische Revolutionen von 1905 und 1917, die deutsche Novemberrevolution von 1918 bis weiter zum spanischen Bürgerkrieg, der Revolution in Kuba und zur „bolivarische“ Revolution Venezuela wie modern der Marxsche Revolutionsbegriff geblieben ist: Revolutionen bzw. Konterrevolutionen sind „autoritäre“ Akte.

Auf der anderen Seite bestätigen dies aber auch die Erfahrungen mit misslungenen und

erfolgreichen Versuchen zu Konterrevolutionen in sozialistischen Staaten vor und nach 1945, der Putsch in Chile 1973 und schließlich die erfolgreichen konterrevolutionären Erhebungen in der UdSSR und den mit ihr verbündeten sozialistischen Staaten nach 1989/90.

Auch F. Engels hatte das Thema des grundlegenden Bruchs mit politisch und ökonomisch unhaltbaren Zuständen, ähnlich wie Marx, völlig nüchtern auf seinen politischen Kern gebracht: „Eine Revolution ist gewiss das autoritärste Ding das es gibt; sie ist der Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung dem anderen Teil seinen Willen vermittels Gewehren, Bajonetten und Kanonen, also mit denkbar autoritärsten Mitteln aufzwingt; und die siegreiche Partei muss, wenn sie nicht umsonst gekämpft haben will, dieser Herrschaft Dauer verleihen durch den Schrecken den ihre Waffen den Reaktionären einflößen.“⁹

Diese Erfahrung haben auch die nach antiimperialistischen – noch nicht sozialistischen – Veränderungen in Venezuela strebenden progressiven Kräfte mit dem Putschversuch gegen H. Chavez in 2002 gemacht und machen sie jetzt auch wieder.

4. Das Recht und die Pflicht zur Verteidigung der Revolution

In Deutschland haben Sozialisten und Kommunisten 1989/90 das von Engels vorhergesagte Resultat erlebt, dass eine proletarische Revolution dann zugrunde geht, wenn sie nicht gelernt hat, sich in den Massen zu verankern und auch zu verteidigen. Notfalls auch mit der „Autorität“ der Waffen in den Händen bewaffneter Arbeiter und Arbeiterinnen - mit oder ohne militärischer Uniform.

Die Fähigkeit zur erfolgreichen Durchführung einer politischen Revolution, so zeigen alle historischen Erfahrungen, muss verbunden sein mit der Fähigkeit zum Schutz und zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften.

Die Selbstverteidigung der Revolution ist nicht weniger wichtig als die Durchführung der Revolution selbst. Auch dies ist

⁷ H. Dieterich: a.a., S. 141

⁸ K. Marx: Über die politische Aktion der Arbeiterklasse, MEW Bd. 17, S. 416

⁹ F. Engels: Von der Autorität, MEW Bd 18, S. 308

eine Lehre, die von Lenin nach dem Sieg der Oktoberrevolution oft betont wurde:

„Eine Revolution ist nur dann etwas wert, wenn sie sich zu verteidigen versteht, aber die Revolution lernt nicht auf einmal, sich zu verteidigen.“¹⁰

Es gehört zu den harten Erfahrungen und auch der Tragödie der Niederlagen der kommunistischen Bewegung im 20. Jahrhundert, dass offenbar leichtfertig und siegessicher eine einmal durchgeführte sozialistische Umwälzung für „unumkehrbar“ gehalten wurde.

Dass eine gelungene Revolution gesetzmäßig auch die ständigen Versuche der einstmaligen herrschenden Klasse nach sich ziehen muss, eine Revanche und Konterrevolution durchzuführen, war offenbar bei zu vielen Sozialisten und Kommunisten in Vergessenheit geraten. Vergessen war ganz offensichtlich auch die folgende Erfahrung der Bolschewiki: „...die Erfahrungen unserer Revolution bestätigen die Worte, durch die sich die Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und seine Anhänger, stets von den utopischen Sozialisten, von den kleinbürgerlichen Sozialisten, von den intelligenten Sozialisten, von den schwärmerischen Sozialisten unterscheiden. Intellektuelle Schwärmer, kleinbürgerliche Sozialisten – sie glauben und schwärmen vielleicht jetzt noch davon, dass es gelingen werde, den Sozialismus auf den Weg der Überzeugung einzuführen. Die Mehrheit des Volkes werde sich überzeugen, und wenn sie sich überzeugt habe, werde die Minderheit sich fügen, Die Mehrheit werde abstimmen, und der Sozialismus werde eingeführt werden. (BEIFALL.) Nein, so glücklich ist die Erde nicht eingerichtet; die Ausbeuter, die Bestien von Grundbesitzern, die kapitalistische Klasse lassen sich nicht überzeugen. Die sozialistische Revolution bestätigt, was alle gesehen haben – den allergrößten Widerstand der Ausbeuter. Je stärker der Druck der unterjochten Klasse ist, je näher sie dabei sind, jedes Joch, jeder Ausbeutung abzuschütteln desto wütender wird der Widerstand der Ausbeuter.“¹¹

10 W.I. Lenin: Bericht in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees, des Moskauer Sowjets, der Betriebskomitees und der Gewerkschaften am 22. Oktober 1918, Werke Bd. 28, S. 115

11 W.I. Lenin: IV. Konferenz der Gewerkschaften und der Betriebskomitees Moskaus (27. Juni – 2. Juli 1918),

Die Revolution ist nun kein Spaziergang oder ein Art virtuelles Kampfspiel, das mit einer Abstimmung am PC unter allen Teilnehmern per Mausclick zum erwünschten Resultat führt.

Aber spricht das alles gegen den Kampf marxistisch-leninistischer Revolutionäre für demokratische Reformen? Keineswegs.

5. Notwendigkeit von Reformen und Unzulänglichkeit von „Reformstrategien“

Für Lenin und die Bolschewiki stand die Orientierung auf den revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus keineswegs im Gegensatz zum Kampf um Reformen und konkrete Verbesserungen in den alltäglichen Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft.

Schon in seiner frühen programmatischen Arbeit „Was tun?“ erläuterte er diesen Zusammenhang: „Die revolutionäre Sozialdemokratie hat den Kampf für Reformen stets in ihre Tätigkeit eingeschlossen und tut das auch heute .

Mit einem Wort, wie der Teil dem Ganzen untergeordnet ist, ordnet sie den Kampf um Reformen dem revolutionären Kampf für Freiheit und Sozialismus unter.“¹²

Entgegen aller bis heute weit verbreiteten Spekulationen über unversöhnliche strategische Differenzen zwischen einem „diktatorischen“ Lenin und einer angeblich „demokratisch-sozialistischen“ Rosa Luxemburg standen beide Revolutionäre in dieser Grundfrage linker Politik auf denselben Positionen. In ihrer Polemik mit dem „demokratisch sozialistischen Reformler“ Eduard Bernstein verteidigte Rosa Luxemburg die dialektische Beziehung zwischen Reform und Revolution und deren zugleich qualitative Unterschiedlichkeit auf das Entschiedenste:

„Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die **Zeitdauer**, sondern durch das **Wesen** verschiedenen Momente.“

Wer sich daher für den „gesetzlichen Reform-

Werke Bd. 27, S. 465

12 W.I. Lenin: Was tun? Einzelausgabe 1970, S. 98/99

weg“ der Eroberung der politischen Macht und der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft ausspreche, wähle tatsächlich nicht einen „ruhigeren, sichereren, langsameren Weg zu gleichen Ziel“, sondern auch „ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß quantitative Veränderungen in der alten.“¹³

Damit drückte R. Luxemburg nichts anderes aus, als das, was Lenin Zeit seines politischen Wirkens in Abgrenzung vom Revisionismus bzw. Reformismus der verschiedensten Varianten betonte:

Es „unterscheidet sich die Reform von der Revolution dadurch, dass die Macht in den Händen der Unterdrückerklasse bleibt, die den Aufstand der Unterdrückten mit Hilfe von Zugeständnissen niederhält, die für die Unterdrücker ohne *Vernichtung ihrer Machtstellung annehmbar sind*.“¹⁴

Auch in einer historischen Etappe, in der noch nicht direkt Kurs auf die sozialistische Umwälzung von Gesellschaft und Staat genommen werden kann, weil dafür die Voraussetzungen noch nicht existieren, müssen marxistische Revolutionäre nach Verbindungen zwischen dem Kampf um noch-nicht-sozialistische Forderungen (sozialer, ökonomischer oder politischer Natur) und dem sozialistischem Kampf suchen.

So bedeutsam und notwendig unter den Bedingungen der sozial reaktionären Offensive des deutschen Großkapitals und seiner beiden derzeit wichtigsten Parteien, der CDU/CSU und der längst nicht mehr sozialdemokratischen SPD, auch sind, eines können Kommunisten und marxistische Revolutionäre dabei nicht außer Acht lassen: Reformen haben im Kapitalismus einen **Doppelcharakter**. Man muss unterscheiden zwischen systemstabilisierenden oder auch die negativen Folgen des Systems einschränkende Verbesserungen.

In diesem Sinne sprach Lenin davon, dass „jede Reform in der kapitalistischen Gesellschaft einen **doppelten** Charakter (hat). Die Reform ist ein Zugeständnis, das die herr-

13 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Ausgewählte politische Schriften in drei Bänden, Bd. 1, S. 98

14 W.I. Lenin: Die Plattform der revolutionären Sozialdemokratie, in Werke Bd. 12, S. 203

schenden Klassen machen, **um** den revolutionären Kampf aufzuhalten, zu schwächen oder zu unterdrücken, um die Kraft und Energie der revolutionären Massen zu zersplittern, ihr Bewusstsein zu trüben usw.“¹⁵

Lenin erinnerte einmal auch an ein Wort von Friedrich Engels: „Wir nehmen auch Abschlagszahlung.“¹⁶

6. Die Machtfrage stellen und an sie „heranführen“ oder die bürgerliche Demokratie „umbauen“?

Müssen aber nicht heute, da die Politik der herrschenden Bourgeois-Kreise nicht einmal mehr die traditionelle Politik der Zugeständnisse und sozialen Pazifizierung für notwendig ansieht, ökonomische und demokratische Reformkämpfe strategisch anders gewichtet werden als zur Zeit Luxemburgs und Lenins?

Autoren aus dem Spektrum des gegenwärtigen „demokratischen Sozialismus“ die dies bejahen, unterscheiden dabei nicht oder nur unzulänglich und eingeschränkt - so H. Dietrich - zwischen dem Klassencharakter einer bürgerlichen bzw. einer sozialistischen Demokratie.

So modern und informationstheoretisch begründet sich die Demokratiekonzeption Dietrichs auch anhören mag, und so dringlich der Widerstand gegen die seit Jahren laufenden sozialreaktionären „Umbauten“ und Streichungen von sozialen Sicherungssystemen (Renten, Gesundheit, Bildung, Arbeitslosenversicherung) auch ist, es ist keinesfalls überholt, dass Reformen auch dann „Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats“ bleiben. Reformen sind für Kommunistinnen und Kommunisten kein Selbstzweck, auch wenn klar ist, dass revolutionäre Marxisten natürlich „Reformen zwecks Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes auszunutzen“ haben.¹⁷

15 W.I. Lenin: Wie man Resolutionen nicht schreiben soll, Werke Bd. 12, S. 230

16 Karl-Marx / Friedrich Engels: Ausgewählte Briefe, 1953, S. 570

17 W.I. Lenin: Wie man Resolutionen nicht schreiben soll, Werke Bd. 12, S. 230

Doch genau diese Dimension, dieses dialektische Verständnis von Reform und Revolution fehlt in den diversen Reformkonzeptionen der heutigen Reformisten.

Dabei beweist das vergangene Jahrhundert zur Genüge, dass soziale und/oder demokratische Reformen nichts grundsätzlich an den systembedingten kapitalistischen Strukturen und Verhältnissen ändern.

Dieses Wissen – für das man eigentlich nur an die Tragödie der Unidad Popular –Regierung in Chile 1973 zu denken braucht - macht den Unterschied zwischen einer politischen Konzeption, die sich als „Reformstrategie“ definiert und einer politischen Konzeption aus, die auf die Eroberung nicht nur der politischen Macht im Sinne eines Regierungswechsels, sondern auf eine grundlegende Änderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse abzielt.

7. Die Unterstützung durch die „Masse(n)“ als Schlüsselfrage

Die Machtfrage im revolutionären Sinne zu stellen und darauf hinzuarbeiten, bedeutet mehr also als eine Summe von „Transformationen“ und von (strukturellen) Reformen.

„Der Übergang der Staatsmacht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen ist das erste, wichtigste, grundlegende Merkmal einer Revolution, sowohl in der strengwissenschaftlichen als auch in der praktischpolitischen Bedeutung dieses Begriffs.“

Die Lösung der Machtfrage darf nicht verwechselt werden mit der „Machtergreifung“ durch eine kleine Gruppe oder durch einen Putsch.

„Eine ‚Machtergreifung‘ wollen wir nicht, da aller Erfahrungen der Revolutionen lehren, dass nur die Macht von Dauer ist, die sich auf die Mehrheit der Bevölkerung stützt. Deshalb würde eine ‚Machtergreifung‘ ein Abenteuer sein, auf das sich unsere Partei nicht einlassen könnte. Wenn die Regierung eine Regierung der Mehrheit sein wird, dann wird sie vielleicht eine Politik betreiben, die in der ersten Zeit fehlerhaft sein wird, aber es gibt keinen anderen Ausweg.“¹⁸

18 W.I. Lenin: Krieg und Revolution, Werke Bd. 24, S. 417

Lenin wiederholte damit einen Gedanken von F. Engels, den dieser in einem seiner letzten Arbeiten „Einleitung zu Marx´ Klassenkämpfen Frankreich“ (MEW Band 22) geäußert hatte, als er die Veränderungen der revolutionären Kampfmethoden in der Zeit seit dem Erscheinen des „Kommunistischen Manifests“ analysierte.

Ohne das Grundprinzip der Notwendigkeit der Revolution in Frage zu stellen, was die rechte Vertreter der SPD-Führung und Theoretiker des Revisionismus damals und nach seinem Tod dem Text andichten wollten, machte er darauf aufmerksam, dass schon bedingt durch die Entwicklung der modernen Waffentechnologie die „Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewussten Minoritäten an der Spitze bewusster Massen durchgeführten Revolutionen“ vorbei sei.¹⁹

Dies sei noch die Technik der europäischen Revolutionen von 1848 gewesen.

Doch dabei handele es sich nicht allein um eine Frage der Form, sondern es gehe vor allem um den veränderten politischen Charakter der modernen (proletarischen) Revolutionen. „Alle bisherigen Revolutionen liefen hinaus auf die Verdrängung einer bestimmten Klassenherrschaft durch eine andere; alle bisherigen Klassen waren aber nur kleine Minoritäten gegenüber der beherrschten Volksmasse. Eine herrschende Minorität wurde so gestürzt, eine andere Minorität ergriff an ihrer Stelle das Staatsruder und modelte die Staatseinrichtungen nach ihren Interessen um. ...

Aber wenn wir vom jedesmaligen konkreten Inhalt absehen, war die gemeinsame Form all dieser Revolutionen die, dass sie Minoritätenrevolutionen waren. Selbst wenn die Majorität dazu mittat, geschah es – wissentlich oder nicht – nur im Dienste einer Minorität; diese aber erhielt dadurch, oder auch schon durch die passive widerstandslose Haltung der Majorität, den Anschein, als sei sie Vertreterin des ganzen Volkes.“²⁰

Er und Marx seien 1850 noch der Meinung gewesen waren, dass die führende Minorität in der damaligen Pariser Revolution auch schon die Interessen der werktätigen Massen vertreten habe und dass deshalb zu erwarten sei, dass das „durch Erfahrung gewitzte Proletariat

19 F. Engels: „Einleitung zu Marx´ Klassenkämpfen Frankreich“, in MEW Band 22, S. 523

20 Ders.: a.a.O. S. 513

der entscheidende Faktor“ werden musste für den „Umschlag der Revolution der Minorität in die Revolution der Majorität.“

F. Engels stellt dann lakonisch fest:

„Die Geschichte hat uns und allen, die ähnlich dachten, Unrecht gegeben.“²¹

Und jetzt im Jahre 1895 zeige sich, dass die „mächtige Armee des Proletariats“ noch immer nicht ihr Ziel erreicht habe. Sie müsse „in hartem, zähem Kampf von Position zu Position langsam vordringen.“ Die soziale Revolution sei nicht „mit einem großen Schlag“ und auch nicht durch „einfache Überrumpelung“ zu erreichen. Der waffen erprobte Revolutionär und ehemalige junge Adjutant des badischen Revolutionsgenerals Willich, der Zeit seines Lebens den Spitzname, „general“ trug verwarf damit nicht grundsätzlich die Bedeutung bewaffneter einzelner Aktionen und Straßenkämpfe im Rahmen einer revolutionären Erhebung. Doch er sagte zugleich: „Machen wir uns keine Illusion darüber. Ein wirklicher Sieg des Aufstandes über das Militär im Straßenkampf, ein Sieg wie zwischen zwei Armeen, gehört zu den größten Seltenheiten.“²²

Eine solche Kampfform, der Straßenkampf, könne nur dann erfolgreich sein, wenn „diese Ungunst der Lage durch andere Momente aufgewogen wird.“

Die Frage der Opportunität dieser oder jener Kampfform leitet sich bei Engels vom Massencharakter der sozialistischen Umwälzung ab:

„Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt.“²³

Lenin kannte sehr gut die nach Engels´ Tod von E. Bernstein versuchte Uminterpretation dieser schlichten, aber einleuchtenden militärtaktischen Überlegungen zu einer generellen Absage an die Anwendung revolutionärer Kampfmethoden und der revolutionären Umwälzung insgesamt. Es ist offensichtlich auch die Erinnerung an diesen alte Disput gewesen, der ihn dazu bewogen hat auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale in der kontroversen Debatte um die Losung

21 Ders.: a.a.O. S. 514f

22 Ders.: a.a.O. S. 519

23 Ders.: a.a.O. S. 522f

„Heran an die Massen“ einige wichtige Überlegungen zum Begriff der „Majorität“ bzw. „Masse“ im revolutionären Kampf anzustellen.

„Der Begriff `Masse` ändert sich, je nachdem sich der Charakter des Kampfes ändert. Zu Beginn des Kampfes genügten schon einige tausend wirklich revolutionäre Arbeiter, damit man von der Masse sprechen konnte ... Wir haben in unseren Revolutionen Fälle erlebt, wo einige tausend Arbeiter schon die Masse vertraten. ... Wenn einige tausend parteilose Arbeiter, die gewöhnlich ein Spießleben führen und ein klägliches Dasein fristen, die niemals etwas von Politik gehört haben, revolutionär zu handeln beginnen, so ist das die Masse. ... Ist die Revolution schon genügend vorbereitet, so ändert sich der Begriff der `Masse`; einige tausend Arbeiter stellen keine Masse mehr da. Dieses Wort beginnt etwas anderes zu bedeuten. Der Begriff der Masse ändert sich in dem Sinne, dass man darunter die Mehrheit zu verstehen hat, und zwar nicht nur die einfache Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten. ...

Ich bestreite nicht unbedingt, dass die Revolution auch mit einer ziemlich kleinen Partei begonnen und zum siegreichen Ende geführt werden kann. Man muss aber wissen, mit welchen Methoden man die Massen für sich zu gewinnen hat. Dazu muss man die Revolution gründlich vorbereiten. ...

Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der Massen. Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich ... sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung.“²⁴

Die Begriffe „Masse“, „Mehrheit“ bzw. „Minderheit“ bedeuten in diesem Zusammenhang also mehr und etwas anderes als eine rein statistische Ziffer oder Prozentzahl, die von einer Wahlkommission am Abend nach einer Wahl verkündet wird.

Dies führt zu der Frage, wie ein solcher Wechsel in den Machtverhältnissen herbeigeführt werden kann.

24 W.I. Lenin. III. Kongress der Kommunistischen Internationale, in LW 32, S. 498ff

8. Die Unwägbarkeiten des Tempos der Revolution

In einem Referat, das Lenin im Januar 1917 vor jungen Schweizer Sozialistinnen und Sozialisten gehalten hatte, verwies Lenin zunächst auf die politisch lähmenden Folgen des furchtbaren Gemetzels des 1. Weltkrieges, die jeden Gedanken an eine sozialistische Revolution scheinbar für lange Zeit zum Stillschweigen gebracht hätten. Er fuhr dann fort: „Wir dürfen uns nicht durch die jetzige Kirchhofruhe in Europa täuschen lassen. Europa ist schwanger mit der Revolution.“ Und dann folgte die im historischen Gesamtverlauf so kurios anmutende anschließende Aussage: „Wir die Alten, werden vielleicht die entscheidenden Kämpfe dieser kommenden Revolution nicht erleben. Aber ich glaube mit großer Zuversicht die Hoffnung aussprechen zu dürfen, dass die Jugendlichen, die so ausgezeichnet in der sozialistischen Bewegung der Schweiz und der ganzen Welt arbeiten, dass sie das Glück haben werden, nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu siegen in der kommenden proletarischen Revolution.“²⁵

Wie konnte sich Lenin hinsichtlich des Tempos der hereinbrechenden revolutionären Welle nur so eklatant verschätzen? Lenin war Dialektiker. Er ordnete politische und gesellschaftliche Ereignisse in einen Entwicklungsprozess ein. Er sah natürliche, soziale und politische Konflikte nicht nur aus der Perspektive des Hier und Heute. Er fragte nach der Entwicklungsrichtung, nach den Ursachen von Konflikten und Widersprüchen und nach der künftigen Perspektive ihrer weiteren Entwicklung.

Er unterschied, wie auch vor ihm Hegel und Marx, zwischen quantitativen Veränderungen innerhalb eines Zustands bzw. Systems und dem „qualitativen Sprung“ zu einem neuen „Aggregatzustand“, weil die bisherigen Regeln und Methoden der Widerspruchslösung innerhalb des gegebenen Systems nicht mehr ausreichen und den Wechsel in eine neue Systemqualität (einen „Paradigmenwechsel“) erfordern.

Und dennoch unterlief ihm, der sein Leben lang auf „systemische Zusammenhänge“, auf die empirische Untersuchung von Details und Ereignissen in ihren sozialen, politischen und historischen Relationen, Zusammenhängen und Perspektiven „geeicht“ war, ein solcher Irrtum. Um diesen Fehler zu verstehen, muss man sich über das Wesen historischer Prozesse und Entwicklungsgesetze klar werden.

Lenin hatte in einem für ein politisches Lexikon geschriebenen Beitrag zum Stichwort „Karl Marx“ einige Jahre vor der Oktoberrevolution geschrieben, dass dieser und F. Engels ausgehend von Hegel, das Entwicklungsprinzip „viel umfassender, viel inhaltsreicher als die landläufige Evolutionsidee“ verstanden hätten. Um dann fortzufahren: „... eine Entwicklung, die nicht gradlinig, sondern sozusagen in der Spirale vor sich geht; eine sprunghafte, mit Katastrophen verbundene, revolutionäre Entwicklung; `Unterbrechen der Allmählichkeit`; Umschlagen der Quantität in Qualität; innere Entwicklungsantriebe, ausgelöst durch den Widerspruch, durch den Zusammenprall der verschiedenen Kräfte und Tendenzen, die auf einen gegebenen Körper oder innerhalb der Grenzen einer gegebenen Erscheinung oder innerhalb einer gegebenen Gesellschaft wirksam sind; gegenseitige Abhängigkeit und engster, unzertrennlicher Zusammenhang aller Seiten jeder Erscheinung (wobei die Geschichte immer neue Seiten erschließt), ein Zusammenhang der einen einheitlichen, gesetzmäßigen Weltprozeß der Bewegung ergibt - das sind einige Züge der Dialektik als der (im Vergleich zur üblichen) inhaltsreicheren Entwicklungslehre.“²⁶

Dies alles trifft auch auf den revolutionären politischen Prozess zu. Das Wesen eines revolutionären Prozesses besteht darin, dass er nicht das Resultat einer genau vorhersehbaren „gradlinigen“ Entwicklung ist. Auf diesen Unterschied zu Naturgesetzen hatten die Klassiker des Marxismus-Leninismus selbst zwar auch hingewiesen, aber dennoch herrschte in der marxistischen Bewegung lange Zeit die versimpelte Vorstellung vor, dass der „objektive historische Prozess“ mit „Naturgewalt“ dem Kapitalismus den Garaus machen werde.

25 W.I. Lenin: „Ein Vortrag über die Revolution von 1905, Werke Bd. 23, S. 261f

26 W.I. Lenin: Karl Marx, Werke Bd. 21, S. 42/43

Karl Marx wie auch Friedrich Engels hatten häufig genug vor dem Irrglauben gewarnt, dass die „eherne historische Gesetzmäßigkeit“ es schon ganz im Sinne des sozialistischen Ziels richten werde. Auf diese Problematik verwies F. Engels auch in einem seiner berühmten „Altersbriefe“ über den historischen Materialismus.

Am 21. September 1890 korrigierte er in einem Brief an Joseph Bloch die damals bereits allzu gängigen und vereinfachten Vorstellungen über die Beziehung von Basis und Überbau, wonach erstere als das „allein ausschlaggebend Moment“ schließlich schon für die entsprechenden Produktionsverhältnisse und damit auch für die von den Sozialisten erstrebten politischen Überbauverhältnisse (z.B. die „sozialistische Republik“) sorgen würde.

Er betonte: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in **letzter Instanz** bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. ... Die ökonomische Lage ist die Basis; aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate – Verfassungen nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe in den Gehirnen der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkungen auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren **Form**. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (d.h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang untereinander so entfernt oder so unnachweisbar ist, dass wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades.“²⁷

27 F. Engels: Brief an Joseph Bloch, 21. September 1890, in: „Briefe über den historischen Materialismus (1890 - 1895), S. 28 f

Mit ähnlichen Überlegungen verteidigte Antonio Gramsci nach dem Sieg der Oktoberrevolution in einem Beitrag für die Zeitschrift „Avanti“ Lenin und die Bolschewiki gegen den Vorwurf, „Utopisten“ zu sein, die mit ihrem Kurs auf Revolution und den Sieg des Sozialismus die „unglückseligen russischen Proletarier“ ins Verderben geführt hätten.

Dieser „Utopismus“ müsse „unwiderruflich“ in einem „schrecklichen Erwachen“ enden, weil alle ökonomischen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen für das Gelingen der sozialistischen Revolution gefehlt hätten. Gramsci wandte – in fast den gleichen Worten wie F. Engels – dagegen ein, dass die Geschichte „keine mathematische Rechnung“ sei. „... sie kennt kein Dezimalsystem, keine fortschreitende Zahlenreihe von gleichen Größen, die die vier Grundrechenarten sowie Gleichungen und Wurzelziehen erlauben: Die Quantität (ökonomische Basis) wird hier zur Qualität, denn sie wird in der Hand der Menschen Instrument des Handelns, der Menschen, die nicht nur durch ihr Gewicht, ihre Statur und die mechanische Energie, die sie mit Muskeln und Nerven entwickeln können, Wert bekommen, sondern besonders dadurch, dass sie Geist sind, dass sie leiden, verstehen, sich freuen und etwas wollen oder nicht wollen.“²⁸

Die Komplexität des Zusammenwirkens so vieler Dimensionen und vor allem die bewusstseinsmäßig sich schnell ändernde sozialpsychologische Verfassung des potentiellen revolutionären Subjektes, die Arbeiterklasse in all ihrer komplizierten Strukturiertheit, ergibt nach Engels dann auch als Konsequenz folgendes: „Zweitens ... macht sich die Geschichte so, dass das Endresultat stets aus den Konflikten vieler Einzelwillen hervorgeht, wovon jeder wieder durch eine Menge besonderer Lebensbedingungen zu dem gemacht wird, was er ist; es sind also unzählige einander durchkreuzende Kräfte, eine unendliche Gruppe von Kräfteparallelogrammen, daraus eine Resultante – das geschichtliche Ergebnis – hervorgeht, die selbst wieder als das Produkt einer, als Ganzes **bewusstlos** und willenlos wirkenden Macht angesehen werden kann.. Denn was jeder einzelne will, wird von jedem andern verhindert, und was heraus-

28 A. Gramsci: Ein Jahr Geschichte. Avanti vom 25.7.1918. Zit. n. A. Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur, 1986, S. 15 f

kommt, ist etwas, das keiner gewollt hat. So verläuft die bisherige Geschichte nach Art eines Naturprozesses und ist auch wesentlich denselben Bewegungsgesetzen unterworfen.“²⁹

Die Geschichte verläuft also zwar „**nach Art eines Naturprozess**“, das bedeutet aber keinesfalls auf genau dieselbe Art und Weise (nicht „**wie**“ ein Naturprozess) und schon gar nicht nach einfachen und gut vorhersehbaren quasi-mathematischen Regeln.

Die gesellschaftlichen historischen und politischen Gesetzmäßigkeiten, so betonte Gramsci, „haben nichts gemein mit den Naturgesetzen, obwohl auch diese in Wirklichkeit keine objektiv gegebenen Daten sind, sondern nur Konstruktionen unseres Denkens, nützliche Schemata, brauchbar für die Bequemlichkeit von Studium und Lehre. Die Ereignisse hängen nicht von der Willkür eines einzelnen oder mehr oder weniger zahlreichen Gruppen ab; sie hängen vom Willen der vielen ab, der sich im Tun oder Lassen bestimmter Dinge und in damit korrespondierenden Geisteshaltungen äußert, und sie hängen ab vom Bewusstsein, das eine Mehrheit von diesem Willen hat, und wie sie es versteht, ihn mehr oder weniger auf ein gemeinsames Ziel auszurichten, nachdem dieser Wille vieler im Rahmen der Staatsgewalt vereinigt wurde. ...

Die Individuen treten aus ihrer Vereinzelung heraus und assoziieren sich.“³⁰

Auf die Vielfalt und Unvorhersehbarkeit von wechselnden Etappen und Wendungen, innerhalb des revolutionären Prozesses, die dem „Heraustreten aus der Vereinzelung“ entgegen stehen, verwies auch Alvaro Cunhal, der langjährige Generalsekretär der Kommunistischen Partei Portugals in der Phase vor dem Sieg der antifaschistischen „April – Revolution“ von 1974.

Cunhal schrieb 10 Jahre vor dem „April“, in einer mit enormen politischen Erfahrungen angereicherten Arbeit mit dem Titel „Kurs auf den Sieg“ zu dieser Problematik folgendes:

„(Der Sturz der Diktatur) entwickelt sich nicht gradlinig. Die Straße der Revolution ist kurvenreich und unregelmäßig. Es gibt Richtungen, die versucht werden und die man aufgeben muss. An dieser oder jener Stelle kon-

zentriert der Gegner Kräfte und verhindert, dass man weiterkommt. Man kommt auf einem Gebiet voran, weicht auf einem anderen zurück. Es gibt hier und da Pausen. Es gibt Bereiche, die Abstand zu anderen haben. Es gibt Siege; und es gibt Niederlagen. Es gibt Verluste an Kadern und führenden Organisationen, die zeitweilig die Führung des Kampfes beeinträchtigen. Aber bei all diesen Unregelmäßigkeiten entwickelt sich insgesamt der revolutionäre Prozess, werden die verschiedenen Klassen nach und nach für die Aktion gewonnen, wird von elementaren Formen zu höheren Formen übergegangen, wird vom wirtschaftlichen zum politischen Kampf, von Forderungen und Petitionen zu Streiks, Demonstrationen und zu Zusammenstößen mit den Kräften der Repression übergegangen.

Manche lehnen diesen allgemeinen Fortschritt der Bewegung der Volksmassen ab, weil er nicht an jedem Kampfabschnitt gleich kontinuierlich und ununterbrochen verläuft. Sie verlieren den Mut.“³¹

Cunhal betonte also stark die Dialektik von Kontinuität und Diskontinuität innerhalb eines revolutionären Prozesses, der in seiner Konsequenz aber schließlich doch zum Bruch mit dem bislang dominierenden politischen System führt. Er nutzte dabei die Erfahrungen der Bolschewiki und der Oktoberrevolution für eine völlig andere historische Etappe. Er überprüfte dabei systematisch die Leninsche Revolutionstheorie, die den Bolschewiki zum Erfolg der Oktoberrevolution geführt hatte, für eine antifaschistische und (noch) nicht sozialistische Umwälzung.

Cunhal schlussfolgerte daraus u.a.: „Wir müssen uns vergewärtigen, dass das Nahen der revolutionären Krise durch eventuelle plötzliche Ereignisse stimuliert werden kann, die den Unwillen des Volkes steigern und in den Regierungskreisen Verwirrung stiften.“³²

Auf die Rolle des „Zufalls“ bzw. des einmaligen historischen „Momentums“ hatte auch Lenin in einem Beitrag zur Verarbeitung der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 aufmerksam gemacht: „Die Erfahrungen der russischen Revolution wie auch die Erfahrungen anderer Länder erweisen unwiderleglich: Wenn die objektiven Voraussetzungen für eine

29 F. Engels: a.a.O., S. 30

30 F. Engels: a.a.O., S. 30

31 Álvaro Cunhal: Kurs auf den Sieg, Berlin 1981, S. 214f

32 dito, S. 196

tiefe politische Krise gegeben sind, dann können auch die kleinsten, vom wirklichen Herd der Revolution scheinbar weit weg liegenden Konflikte größte Bedeutung haben – als Anlass, als der Tropfen, der den Becher zum Überlaufen bringt, als Beginn eines Umschwungs in der Stimmung usw.“³³

Diese kleinen Vorkommnisse sind nicht oder auch nur sehr schwer planbar. Das bedeutet jedoch keinesfalls passiv auf einen „glücklichen Zufall“ warten zu müssen.

Im Gegenteil. „Geleitet vom Marxismus-Leninismus und indem wir unsere Orientierung auf der Grundlage von Fakten definieren, arbeiten wir daran, die Entstehung einer revolutionären Situation zu beschleunigen und die politischen und organisatorischen Bedingungen so zu gestalten, daß wir auf der Höhe der Erfordernisse dieser Situation sind.“³⁴

9. Zur Frage der friedlichen oder nicht friedlichen Form der Revolution

So wie der Marxismus –Leninismus grundsätzlich immer die „konkrete Analyse der konkreten Situation“ zur Grundbedingung von taktischen und strategischen Entscheidungen macht so legt er sich auch in Bezug auf die Formen und Methoden nicht auf nur eine Variante fest.

Der Inhalt des Begriffs „Revolution“ – auch wenn es grundsätzlich ein „autoritärer“ Akt ist – schließt ein Vielfalt von Formen friedlicher und nicht-friedlicher Art ein. Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang ein Interview von K. Marx er in seiner Eigenschaft als Vertreter der „Internationalen Arbeiterassoziation“ im Juli 1871 einem Korrespondenten der New Yorker Zeitung „The World“ im gegeben hatte.

Er erklärte darin u.a.:

„In jedem Teil der Welt ergeben sich besondere Aspekte des Problems, die Arbeiter berücksichtigen diese und gehen auf ihre eigne Art an die Lösung heran. Die Vereinigungen der Arbeiter können nicht bis ins letzte Detail in Newcastle und in Barcelona, in London und in Berlin absolut identisch sein. In England zum Beispiel steht der Arbeiterklasse der Weg

offen, wie sie ihre politische Macht entwickeln will. Ein Aufstand wäre dort eine Dummheit, wo man durch friedliche Agitation rascher und sicherer den Zweck erreicht. In Frankreich scheint die Vielzahl der Unterdrückungsgesetze und der tödliche Antagonismus zwischen den Klassen eine gewaltsame Lösung der sozialen Auseinandersetzungen notwendig zu machen. Ob eine solche Lösung gewählt wird, das ist die Sache der Arbeiterklasse dieses Landes. Die Internationale maß es sich nicht an, in dieser Frage zu diktieren oder auch kaum Ratschläge zu erteilen.“³⁵

Es ging Marx in dieser Frage so, wie es ihm, Engels oder auch Rosa Luxemburg oder Antonio Gramsci in anderen Zusammenhängen später ergehen sollte. Theoretiker des Reformismus und Revisionismus konstruierten aus solchen differenzierten Aussagen gerne Argumente, die ihre grundsätzliche Ablehnung des revolutionären Bruchs mit dem System der kapitalistischen Ausbeutung verschleiern sollten.

Marx machte mochte dies vorausgesehen haben, denn am Schluss dieses Interviews machte er unmissverständlich deutlich, dass die erwähnte Möglichkeit eines nicht gewaltsamen Weges zum Sozialismus in England keinesfalls für ihn auch die wahrscheinliche Option für die Erringung der politische Macht sei.

Auf eine darauf insistierende Frage des Interviewers sagte er dann nämlich: „Ich bin in dieser Hinsicht nicht so optimistisch wie Sie. Die englische Bourgeoisie hat sich immer bereit gezeigt, das Urteil der Mehrheit anzunehmen, solange sie das Monopol bei den Wahlen besitzt. Doch seien Sie gewiss, sobald sie in Fragen, die sie für lebensnotwendig hält, in der Minderheit sein wird, werden wir uns einem neuen Krieg der Sklavenhalter gegenübersehen.“³⁶

Die Geschichte der Klassenkämpfe hat ihm Recht gegeben. Eine der entscheidenden Lehren aus den Niederlagen und Siegen der internationalen Arbeiterbewegung besteht in folgendem:

Erstens, es ist nicht zu erwarten, dass eine herrschende Bourgeoisie freiwillig ohne ohne härtesten Widerstand zu leisten auf ihre politische macht und den Besitz über die Produktionsmittel verzichtet.

33 W.I. Lenin: Zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage, Werke Bd. 15. S. 273

34 Cunhal: a.a.O., S. 197

35 Aufzeichnung eines Interviews, das Karl Marx einem Korrespondenten der Zeitung 'The World' gewährte in MEW 17, S. 641

36 Ders.; a.a.O., S.643

Zweitens, es ist selbst für den außergewöhnlichen und seltenen Fall, dass eine Lösung der Machtfrage auf friedlichem Wege gelingen sollte, immer auch die Anwendung dieser oder jener autoritärer und scharfer und schärfster Formen des Klassenkampfes gegen die sich dem Machtverlust immer widersetzenden Bourgeoisie einschließen wird. Eine revolutionäre Arbeiterbewegung, die dies nicht ins Kalkül zieht oder nicht rechtzeitig beherrscht, wird dies mit Tod und Niederlage bezahlen. Das zeigte nicht zuletzt der Sieg der Konterrevolution in Chile oder in den sozialistischen Ländern Europas und der Sowjetunion.

Drittens, es bleibt immer die Aufgabe der revolutionären Kräfte alle Kampfformen zu beherrschen. Lenin selbst sah zweimal im Verlauf der russischen Revolution, im März und im September 1917, die Macht friedlich zu übernehmen.

Doch der Einsatz brutaler Gewalt, wie die blutige Niederschlagung der großen Arbeiter- und Soldaten-Demonstrationen im Juli durch die provisorische Regierung, machten diese kurzfristigen Möglichkeiten rasch zunichte.

Die DKP hat, wie vorher auch die KPD, hat aus den Erfahrungen der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gelernt. In ihren grundsätzlichen programmatischen Dokumenten, zuletzt auch in ihrem Parteiprogramm von 2006 aber auch im Leitantrag des 21. Parteitags wurden diese oftmals sehr teuer bezahlten Erfahrungen zusammengefasst.

Im „Leitantrag“ sagen wir:

„Das Monopolkapital verfügt in Zeiten der politischen Krise, in der es seine Macht gefährdet sieht, nicht nur über die Massenmedien. Mit Notstandsgesetzen, Regierungsapparaten, Justiz, Militär, Polizei besitzt es massiv und brutal einsetzbare Gewaltinstrumente. Die Erfahrungen nicht nur in Chile 1973, sondern gerade die jüngsten gewaltsamen Umstürze und Revolutionen in Osteuropa, Nordafrika und im Nahen Osten zeigen, dass die Herrschenden sich mit allen Mitteln einem revolutionären Prozess entgegenstellen werden. Die Beachtung der Dialektik von Reform und Revolution unterscheidet die Kommunistische Partei von Organisationen, die auf sogenannte „Reformalternativen“, „Transformationskonzepte“ und „wirtschaftsdemokratische Modelle“ orientieren, die diesen Unterschied verwischen.“

Kommunistinnen und Kommunisten wissen um die Notwendigkeit, aber auch um die Grenzen von Reformen im Kapitalismus. Sie wissen, dass es „grundsätzlich falsch ist, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die in die Breite gezogene Revolution und die Revolution als die kondensierte Reform vorzustellen“ (Rosa Luxemburg). Die Überwindung des Kapitalismus setzt den revolutionären Bruch voraus. Die DKP setzt sich zugleich im Kampf um Reformen für die Gegenwartsinteressen der arbeitenden Menschen ein. Es gibt für sie keine nebensächlichen Fragen, wenn es um die heutigen Belange und Interessen der Arbeiterklasse geht. Der sprichwörtliche „Kampf um das Teewasser“ in den Betrieben und in den Kommunen bleibt ein unverzichtbares Markenzeichen kommunistischer Politik.“

10. „Nicht mehr können“ und „nicht mehr wollen“: das „Grundgesetz“ der Revolution.

Um dieses Zusammenfallen von „objektiven Bedingungen“, subjektiver Handlungsbereitschaft und Änderungsmotivation ging es auch in den Gedanken und Erfahrungen, die Lenin im „Grundgesetz der Revolution“ zusammenfasste:

"Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen und insbesondere durch all drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bestätigt worden ist, besteht in folgendem: Zur Revolution genügt es nicht, dass sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewusst werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, dass die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die 'Unterschichten' das Alte nicht mehr wollen und die 'Oberschichten' in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen. Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so ausdrücken: Die Revolution ist unmöglich ohne eine gesamt-nationale (Ausgebeutete wie Ausbeuter erfassende) Krise."³⁷

37 W.I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Werke Bd. 31, S. 71 f

Eine "gesamtnationale Krise" führt jedoch nicht automatisch zu einer Politisierung der Volksmassen und zu einer Klarheit über Ziele und Methoden. Hinzukommen müssen auf der psychologischen Ebene nicht nur eine bis zum Todesmut sich steigende Entschlossenheit des Kerns der revolutionären Vorhut, sondern auch in der Klasse selbst müssen „Tugenden“ und Eigenschaften entwickelt werden oder vorhanden sein, die es den revolutionären Kräften ermöglicht über die punktuelle akut-revolutionäre Phase hinaus die Revolution fortzusetzen und zu stabilisieren.

In einem sehr kurzen Artikel Lenins, geschrieben 2 Jahre nach der Oktoberrevolution, hebt er hervor, dass dies auch „zwei Jahre unsäglich-er und unvorstellbarer Schwierigkeiten, Jahre des Hungers, der Entbehrungen und des Elends“ gewesen seien. Jetzt sei die Revolution in die Phase der Entwicklung der sozialistisch-kommunistischen Arbeit eingetreten., die eine neue Arbeitsdisziplin erfordere. Dazu seien aber Fähigkeiten und Einstellungen notwendig, die das revolutionäre Proletariat nur über einen langen Zeitraum habe entwickeln und lernen können. „Ausdauer, Beharrlichkeit, Bereitschaft, Entschlossenheit und die Fähigkeit, hundertmal zu probieren, hundertmal zu korrigieren und um jeden Preis das Ziel zu erreichen – diese Eigenschaften hat das Proletariat 10, 15, 20 Jahre vor der Oktoberrevolution entwickelt, es hat sie im Laufe der zwei Jahre nach der Revolution entwickelt, wobei es ungeheuerere Entbehrungen, Hunger, Zerstörung und Elend ertragen musste. Diese Eigenschaften des Proletariats sind die Bürgschaft dafür, daß das Proletariat siegen wird.“³⁸

Im Vergleich zu diesen scheinbar unerfüllbaren Anforderungen, die aber den Vorteil der Überprüfung durch die allerhärtesten Phasen des Klassenkampfes besitzen, erweisen sich die neuen „Visionen“ Dieterichs vom „rational-ethisch-ästhetischen Subjekt“ seines neuen „Historischen Projekts“ einerseits blutleer akademisch und andererseits fast kindlich naiv und sogar gefährlich unpolitisch. Eine sich gegen die mächtigste Klasse der Geschichte, die internationale und nationale Groß- und Finanzbourgeoisie, der alle politischen, ideologis-

38 W.I. Lenin: Von der Zerstörung einer jahrhundertalten Ordnung zur Schaffung einer neuen, Werke Bd. 30, S. 511

chen, polizeilichen und militärischen Mittel des 21. Jahrhunderts zur Verfügung erhebende, rebellierende und kämpfende werktätige Bevölkerung braucht mehr als nur guten Willen und eine „humanistische“ Gesinnung.

11. Die Bestimmung des „nächsten Schritts“ in der Revolution

Nach dem Sturz des Zarismus durch die 2. bürgerliche Revolution im März 1917 stellte sich für die russische Bourgeoisie ebenso wie für die russische Linke wie schon in der 1. russischen Revolution von 1905 erneut die Frage, welche Entwicklungsrichtung der revolutionäre Prozess einschlagen würde. Sollte es um eine konstitutionelle Monarchie nach britischem Vorbild gehen, wie es vor allem die bürgerlich-monarchistische "Kadetten"-Partei erstrebte? Oder sollte es um die Errichtung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik etwa nach dem Vorbild Frankreichs, der Schweiz oder der USA gehen. Dafür war die Mehrheit der bürgerlicher Parteien. Aber das war auch die strategische Linie der meisten Linken- selbst anfänglich der Mehrheit des ZK der Bolschewiki. In dieser bürgerlichen Demokratie sollte dann langfristig und allmählich für eine sozialistische Perspektive gerungen werden.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Exil überraschte Lenin in seinen "April-Thesen" die Bolschewiki jedoch dadurch, dass er auf die sofortige Fortsetzung der Revolution, auf den Übergang zu einer neuen Etappe orientierte, in der die Voraussetzungen für die zügige Vorbereitung auf die proletarische Revolution geschaffen werden sollten: In den "April-Thesen" erklärte er vor der Petrograder Parteiorganisation:

"2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Russland besteht im Übergang von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewusstseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, zur zweiten Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muss."

Das gegenwärtige nächste Ziel beschrieb er so:

„5. Keine parlamentarische Republik - von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts- sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.“

Dabei berücksichtigte Lenin das zum damaligen Zeitpunkt erreichte politische Niveau der bereits erreichten revolutionär-demokratischen Entwicklung und skizzierte den „nächsten Schritt“, welcher unter den obwaltenden Bedingungen machbar und realistisch war. Dies sollte noch immer nicht, die „sofortige Einführung des Sozialismus“ sein, wie u.a. die Anhänger Trotzki forderten. Lenin stellte klar:

„8. Nicht 'Einführung' des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.“³⁹

In den nächsten 2 Monaten des Jahres 1917 sollten sich aber die Ereignisse überschlagen und die Kräfteverhältnisse mehrfach verändern. Dabei bewies sich die Leninsche Revolutionsstrategie ihre historische Überlegenheit nicht nur durch ihre revolutionäre Hartnäckigkeit, indem der Kurs auf die proletarische Revolution trotz aller zeitweiligen Rückschläge beibehalten wurde. Besonders in den sehr kritischen Monaten Juni/Juli zeigte sie sich auch bei der ganz genauen Bestimmung möglicher Situationen der eigenen Schwäche und Unterlegenheit überlegen.

So schienen für viele Linke die Tage Anfang Juni 1917 bereits mehr als reif für eine „Machtergreifung“. Es kam zu großen Arbeiter- und Soldatendemonstrationen, die dadurch ausgelöst wurden, dass die Provisorische Regierung unter A. Kerenski mit (!) Unterstützung des Ersten Gesamtrussischen Sowjetkongresses, auf dem die Partei der Sozialrevolutionäre und der reformistische Flügel der russischen Sozialdemokratie, die Menschewiki, die Mehrheit innegehabt hatten, eine neue Militäroffensive an der Westfront einleiten wollte, statt auf einen sofortigen Friedensabschluss zu orientieren. Die Bolschewiki verstanden es dank der Überlegenheit Lenins

zwischen echten und wirklichen revolutionären Situationen zu entscheiden. Sie ließen sich nicht durch revolutionäre Ungeduld im falschen Moment zur entscheidenden politisch-militärischen Aktion und zum Aufstand hinreißen, obwohl zeitweilig viele Ungeduldige im Zusammenhang mit den Juni-Juli Ereignissen bereits den Aufstand für möglich und notwendig hielten.

12. Hegemonie als ein Frage der politischen Führung im breiten Bündnis

Um aus der „revolutionären Krise“ den Übergang zu einem Machtwechsel herbeizuführen, brauchte es nach Lenin weitere Bedingungen, um die dazu nötigen Kräfte zu bündeln und gangbare weitere Schritte zu bestimmen. Diese für die ganze kommunistische Bewegung so schwierige aber auch unerlässliche Aufgabenstellung veruchte Lenin auch nach der siegreichen Oktoberrevolution als generelle Erkenntnis den noch jungen kommunistischen Parteien zu vermitteln. In der Debatte mit der nicht unbedeutenden Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands - KAPD, die neben der KPD zeitweilig Mitglied der Kommunistischen Internationale war, hinterließ er quasi ein revolutionstheoretisches „Vermächtnis“, als er sagte:

"Jetzt gilt es, alle Kräfte, die ganze Aufmerksamkeit auf den nächsten Schritt zu konzentrieren, der weniger wichtig zu sein scheint - und es von einem gewissen Standpunkt auch wirklich ist-, aber dafür der konkreten Lösung der Aufgabe praktisch näher kommt, nämlich darauf, die Form des Übergehens zur proletarischen Revolution oder des Herankehrens an sie ausfindig zu machen."⁴⁰

Dabei reicht es nach den Erfahrungen aller Revolutionen nicht aus, dass eine revolutionäre Klasse allein in Bewegung gerät und den Kampf mit der herrschenden Klasse allein aufnimmt. Deshalb orientiert Lenin auf den Gedanken des Bündnisses unter der Führung (politischen Hegemonie) der revolutionären Klasse.

Lenin forderte die KP'en nach dem Sieg der Oktoberrevolution dazu auf, eine solche Bünd-

39 W.I. Lenin: Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, in: LW 24, S. 4-6

40 W.I. Lenin: Der 'linke' Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in LW 31, S.79

niskonzeption zu entwickeln, die möglichst viele nichtproletarische Werktätige und objektiv antikapitalistische Schichten in den Kampf für diese Etappen zum Sozialismus einbeziehen könnte.

Marx und Engels hatten bereits in der Auseinandersetzung mit Lassalle darauf gedrungen, dass das Proletariat in Deutschland sich mit den Bauern verbünden müsse. Sie waren der Meinung, dass die proletarische Revolution auf dem Kontinent nicht ohne „eine Art Neuaufgabe des Bauernkrieges“ siegreich sein könne. Im "Linken Radikalismus" unterstrich Lenin den Gedanken der Bündnispolitik des Proletariats und seiner "Hegemonie" innerhalb dieses Bündnisses. Es heißt dazu:

"Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten 'Riss' zwischen den Feinden, jeden Interessensgegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen, modernen Sozialismus überhaupt begriffen. Wer nicht während einer recht beträchtlichen Zeitspanne und in recht verschiedenartigen politischen Situationen praktisch bewiesen hat, dass er es versteht, diese Wahrheit in der Tat anzuwenden, der hat noch nicht gelernt, der revolutionären Klasse in ihrem Kampf um die Befreiung der gesamten werktätigen Menschheit von den Ausbeutern zu helfen. Und das Gesagte gilt in gleicher Weise für die Periode vor und nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." ⁴¹

Eine erfolgreiche Revolution, das zeigen nicht nur die Erfahrungen der Oktoberrevolution oder der chinesischen Revolution, sondern auch die kubanische und die jetzige „bolivari-sche“ Revolution in Venezuela, bedarf also zusammengefasst einiger elementarer macht-

politischer Voraussetzungen. Lenin charakterisierte seinerzeit die 'politische Armee' der Oktoberrevolution, indem er drei hauptsächliche Voraussetzungen für den Erfolg betonte:

- „1. eine überwältigende Mehrheit im Proletariat;
2. fast die Hälfte der Armee;
3. das ausschlaggebende Übergewicht im entscheidenden Zeitpunkt an den entscheidenden Stellen, und zwar in den Hauptstädten und an den dem Zentrum nahegelegenen Fronten.“ ⁴²

Dies sind elementare Voraussetzungen des Sieges, die mehr sind als der gute Wille humanistisch gesonnener Menschen.

Soweit einige allgemeine Fragen zur marxistisch-leninistischen Revolutionstheorie im Lichte der Erfahrungen der Oktoberrevolution.

41 Ders.,: a.a.O., S. 56f

42 W.I Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats, Werke Bd. 30, S. 251f